



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 15.09.2011

ÖFFENTLICH

TOP 1

Grünleitplan Ludwigsburg

Vorl.Nr. 374/11

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 1, 1.1 und 1.2, Vorl.Nr. 374/11, 613/09 und 035/11 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Dem Gremium wird ein großer Plan als Tischvorlage ausgereicht.

Unter einleitenden Ausführungen verweist BM **Schmid** auf die dem Gremium vorliegende Beratungsunterlagen.

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) erläutert nachfolgend anhand einer Powerpoint-Präsentation ausführlich Zielsetzung, Intention, Inhalt sowie Rechtsstatus des Grünleitplans und geht auf das weitere Beteiligungsverfahren im Zuge der Erarbeitung des Grünleitplans ein. Dieser stelle die Grundlage für die Weiterentwicklung des Flächennutzungsplans dar. Wichtig sei auch die Vernetzung mit dem Stadtentwicklungskonzept unter Berücksichtigung der Ziele. Nach Aufnahme der Änderungswünsche seien nochmals Abstimmungsgespräche insbesondere mit der Landwirtschaft und dem Bauernverband durchgeführt worden. Die eingearbeiteten Änderungen seien ein Kompromiss, den alle Seiten weitgehend mittragen könnten. Auf dieser Grundlage sei im Beirat für Umwelt und Landwirtschaft im Mai 2011 einstimmig die Empfehlung ausgesprochen worden, im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt den Grünleitplan mit diesen Änderungen zu verabschieden. Die Änderungen seien im ausgeteilten Plan eingearbeitet worden. Der Grünleitplan bilde die Grundlage für durchzuführende künftige Ausgleichsmaßnahmen, wobei das Gremium durch Beschlussfassung über die einzelnen Maßnahmen weiterhin beteiligt werde.

Anhand einer Powerpoint-Präsentation zeigt Herr **Schlecht** (FB Tiefbau und Grünflächen) daraufhin die wesentlichen Bestandteile des Grünleitplans durch Bilder, Pläne und Skizzen verdeutlichend auf und geht erläuternd auf die Änderungen ein.

In der nachfolgenden Aussprache spricht sich Stadtrat **Noz** dafür aus und stellt im Sachzusammenhang den Antrag, nochmals eine Vorberatung durchzuführen und hierzu die Betroffenen und Interessensverbände einzuladen und in öffentlicher Sitzung zu hören. Außerdem solle mit Blick auf die Wichtigkeit des Themas eine Beschlussfassung im Gemeinderat erfolgen. Mit den Baugebieten sowie den Ausgleichsflächen würden der Landwirtschaft Erwerbsflächen weggenommen und somit die Betriebe um Produktionsflächen geschmälert. Von der Verwaltung hätte man noch gerne gehört, ob man beim Grünleitplan von geschaffenen Ausgleichsflächen für Baugebiete spreche oder von Grünplanung zur Naherholung. Auch würden durch die Reduzierung der Produktionsflächen der Landwirtschaft die möglichen Anbauflächen für Biogasprodukte reduziert. Außerdem reduziere man dadurch auch die Produktionsflächen für Lebensmittel mit der indirekten Folge der Gefährdung der Arbeitsplätze. Die Existenz der Landwirte dürfe durch

Wegnahme von Produktionsflächen nicht gefährdet werden. Stadtrat Noz erläutert darüber hinaus weitere Aspekte für eine Verschiebung der Entscheidung.

Stadtrat **Griesmaier** spricht seinen Dank für den Grünleitplan aus, der insgesamt ein gelungenes Werk darstelle. Aus seiner Sicht solle der Grünleitplan als Grundlage für das Handeln in den gemeinderätlichen Gremien in Bezug auf naturnahe Gestaltung unserer Stadt im Inneren und in der Umgebung dienen. Er sieht es nicht als sinnvoll an, in einem solchen Oberplan zu sehr in die Details zu gehen. Handlungsbedarf bestehe dort, wo es noch Konflikte gebe, dort müsse nochmals diskutiert werden. Ansonsten habe man mit den Landwirten sehr intensiv gesprochen.

Stadträtin **Liepins** ergänzt zum einen im Hinblick auf die Ackergrünrandstreifen, sie habe in den vergangenen Jahren im Bereich östlich des Neckars festgestellt, dass kaputte Obstbaumhochstämme nicht ersetzt wurden. Des Weiteren sei ein zunehmender Maisanbau festzustellen, obwohl man noch gar keine Biogasanlage in Neckarweihingen habe. Sie macht in diesem Zusammenhang auf einen möglichen Widerspruch aufmerksam. Darüber hinaus sei die Zipfelbachrückverlegung kontrovers diskutiert worden und die zugesagte Begehung noch nicht erfolgt. Die Bürger sollten daher jetzt beteiligt werden.

BM **Schmid** erklärt, dass seitens des Beirats für Umwelt und Landwirtschaft die Begehung für Frühjahr 2012 vorgesehen sei, da derzeit keine Dringlichkeit gesehen werde.

Stadtrat **Glasbrenner** spricht im Namen seiner Fraktion dem Fachbereich Tiefbau und Grünflächen Dank für die schwierige Aufgabe des Grünleitplans aus. Vernünftig wäre aus seiner Sicht unter dem Blickwinkel von Existenzen im Bereich der Landwirtschaft tatsächlich, wenn Vertreter der Landwirtschaft sowie Stadtteilausschüsse eingeladen würden, um das Thema nochmals zu behandeln. Unter dem Gesichtspunkt, dass es sich beim Grünleitplan lediglich um einen Eckpunkte setzenden Rahmenplan für die Zukunft handle, schlägt er vor, den Beschlussvorschlag der Vorl.Nr. 374/11 zur Klarstellung um den Satz zu erweitern, dass bei Bedarf Fortschreibungen und Änderungen vorzunehmen seien.

Stadtrat **Gericke** hält mit Blick auf die Arbeit, die in die Erarbeitung des Grünleitplans eingeflossen sei, eine zweite Beratungsrunde für angemessen. Bezug nehmend auf die Anfrage seiner Fraktion, Vorl.Nr. 035/11 zur weiteren Beteiligung hätte man sich eine Bürgerinformation gewünscht, um Anregungen aus der Bevölkerung aufzunehmen. Als umfassender Grünleitplan könnten so für die Zukunft Anhaltspunkte insbesondere auch für wohnortnähere Ausgleichsflächen gegeben werden. Es sei deutlich geworden, dass es ein Entgegenkommen an die Landwirtschaft gegeben habe. Man unterstütze den Vorschlag einer zweiten Beratungsrunde, um alle Beteiligten zu Wort kommen zu lassen, insbesondere auch einen Vertreter des Landratsamtes. Bezug nehmend auf Seite 2 der Vorlage übt er Kritik daran, dass die Planungen bereits mit aufgeführt seien, da dies in einen Abwägungsprozess eingebracht werden sollte. Ihm missfalle im Hinblick auf das Beispiel Weststadt und Pflugfelden, dass die Verkehrsstrasse bereits im Grünleitplan erwähnt sei. Im Abwägungsprozess müsste ein Kompromiss zwischen Verkehrsplanung und Grünplanung gefunden werden. Er bittet die Verwaltung, den Grünleitplan hinsichtlich solcher bereits vorgenommener Abwägungsprozesse kritisch zu durchleuchten und einen Vorschlag bezüglich des Abwägungsprozesses der Übernahme in die Bauleitplanung zu erarbeiten. Er macht nachfolgend auf die Fragestellung in Bezug auf die Finanzierung aufmerksam. Stadtrat Gericke regt an, aus dem potentiellen Gewerbegebiet Schanzäcker angrenzend an Asperg eine gelbe Vorrangfläche für die Landwirtschaft zu machen, zumal auch die Erschließung schwierig sei. Aus seiner Sicht wäre dies zumindest ein Ansatzpunkt für eine Finanzierung von diesen Maßnahmen eines Grünleitplans oder, wenn rechtlich möglich, in Form eines Ausgleichsfonds als Interessensausgleich innerhalb der Landwirtschaft. Vorgestellt hätte man sich einen Maßnahmenkatalog mit Liste, was am ehesten und zeitnah realisiert werden könne. Man sehe eine Verknüpfung über verschiedene Politikfelder der Stadtentwicklung und würde sich wünschen, hier einen Schritt weiter zu kommen. Der Stand des Grünleitplans stelle für seine Fraktion einen Kompromiss dar, mit dem man, unter Berücksichtigung der genannten Knackpunkte, leben könne. Er bittet um umfassende Protokollierung seiner Ausführungen.

Aus der Sicht von Stadtrat **Haag** müsse die Diskussion über den Grünleitplan nochmals am Ursprung begonnen werden. Der Plan mit einer Fülle von Einzelpunkten und Informationen sei nicht so unverbindlich, sondern habe eine gewisse Zielfunktion und in Zielformulierungen und Auswirkungen eine Bindung für die weitere Diskussion. Er verweist auf die bisherigen nichtöffentlichen Beratungen im Beirat für Umwelt und Landwirtschaft und die Notwendigkeit der nun öffentlichen Beratung von wesentlichen Faktoren und spricht in diesem Zusammenhang die Knackpunkte aus dem Planwerk, insbesondere Naturpark West, Sportpark Ost und Oßweil mit Zäsur sowie den Bereich Waiblinger Straße an. Dies sei aus dem Plan so nicht ersichtlich. Die Öffentlichkeitsarbeit müsse hier intensiviert werden. Er richtet die Bitte an die Verwaltung, den schwierigen Inhalt der Plandarstellungen in einer für die Öffentlichkeit leichter verständlichen Form darzustellen.

Stadträtin **Burkhardt** verweist auf die langjährigen Beratungen in Bezug auf den Grünleitplan und sieht eine Vertagung des Themas für sinnvoll an. Ein solcher Plan müsse nicht nur im BTU sondern auch im Gemeinderat beschlossen werden, da die Grünleitplanung als derzeitige Rahmenplanung wesentliche Grundlage für den Landschaftsplan sei, der gesetzliche Anlage zur Flächennutzungsplanung darstelle. Eine umfassende Befassung mit dem Thema sei daher wichtig und alle Änderungen sollten dringend im Beirat für Umwelt und Landwirtschaft nochmals beraten werden. Aus ihrer Sicht seien die Belange der Landwirtschaft von der Verwaltung sehr intensiv aufgenommen worden. Mit Blick auf die Möglichkeit der Stellungnahme der Umweltverbände zu den letzten Änderungen bittet sie die Verwaltung, den Umweltverbänden einen Plan zur Verfügung zu stellen und eine Frist zur Stellungnahme zu setzen.

Stadtrat **Lettrari** schließt sich den Ausführungen von Stadtrat Noz im Grundsatz an. Unter dem Verweis auf die Formulierung in Anlage 1 Seite 4 bringt er zum Ausdruck, dass die Waiblinger Straße dringend gebraucht werde und kein gegenteiliger Eindruck erweckt werden dürfe.

Nach weiterer kurzer Beratung in Bezug auf Festsetzungen des Grünleitplans erklärt BM **Schmid** das Ergebnis der Beratung abschließend zusammenfassend, dass in der heutigen Sitzung keine Beschlussfassung über die Vorl.Nr. 374/11 erfolge. Bezug nehmend auf den seitens des Gremiums geäußerten Wunsch, den Tagesordnungspunkt nochmals zur Vorberatung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt unter Hinzuziehung von Sachkundigen und Einbeziehung von Naturschutzverbänden aufzurufen und zur Entscheidung eine Beschlussfassung im Gemeinderat herbeizuführen, werde diese Vorgehensweise zugesagt.

TOP 1.1

Grünleitplan der Stadt Ludwigsburg
- Antrag der FDP-Fraktion vom 25.11.2009

Vorl.Nr. 613/09

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 1, 1.1 und 1.2, Vorl.Nr. 374/11, 613/09 und 035/11 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Die Beschlussfassung zu Vorl.Nr. 374/11 wird vertagt. Siehe Beratungsverlauf des Tagesordnungspunktes 1.

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 1, 1.1 und 1.2, Vorl.Nr. 374/11, 613/09 und 035/11 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Die Beschlussfassung zu Vorl.Nr. 374/11 wird vertagt. Siehe Beratungsverlauf des Tagesordnungspunktes 1.

Beschluss:**Baubeschluss**

Das Feldwegprogramm 2011 (Los 1), sowie der Neu- und Ausbau der Radwege im Feldwegbereich (Los 2) werden entsprechend dem beigefügten Übersichtslageplan mit einem Kostenaufwand von 150.000,-- € genehmigt.

Ein zusätzlicher Kostenanteil von ca. 23.000,-- € wird von der Stadt Remseck übernommen.

Vergabebeschluss

Der Auftrag für den Ausbau von Feldwegen, entsprechend dem Feldwegprogramm 2011 (Los 1), sowie dem Neu- und Ausbau der Radwege im Feldwegbereich (Los 2), wird an die Firma Wilhelm Hubele GmbH, Marbacher Straße 193 - 197, 71642 Ludwigsburg auf der Grundlage Ihres Angebotes vom 24.08.2011 erteilt.

Die Vergabesumme Los 1 und Los 2 beträgt 173.000,-- € inklusive Mehrwertsteuer und Unvorhergesehenes.

Zur Finanzierung der oben genannten Maßnahme stehen im Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt des Haushaltsplanes 2011 Mittel in den Finanzpositionen 1.7800.5110.000 „Feldwegunterhaltung“, 2.7800.9640.000-0002 „ Neu- und Umbau von Feldwegen“ sowie 2.6300.9640.000-0004 „Radwege im Stadtgebiet“ zur Verfügung.

Bei Kostenüberschreitungen wird das Gremium dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 10 % überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist BM **Schmid** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 375/11.

Die Vorlage erläuternd verweist Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) auf die intensive Beratung im Unterausschuss Feldwege und macht nachfolgend Ausführungen in Bezug auf das Feldwegprogramm 2011 sowie den Neu- und Ausbau der Radwege im Feldwegbereich und verdeutlicht dies anhand eines Übersichtslageplans.

In der nachfolgenden Aussprache erklären die Stadträte **Noz** und **Gericke** die Zustimmung ihrer Fraktion zur Verwaltungsvorlage.

Herr **Kohler** geht nachfolgend auf eine Fragestellung von Stadtrat **Gericke** in Bezug auf die Radwegeverbindung Poppenweiler-Hochdorf als kürzeste und topografisch ideale Verbindung in diesem Bereich ein.

Stadtrat **Lettrari** weist auf das Ergebnis einer Begehung hin, wonach ein Teil der Versiegelung eines Vorplatzes im Bereich der Otto-Geßler-Straße im Zuge des Radwegeprogramms zurückgenommen werden sollte. Er stimme der Vorlage ebenfalls zu.

BM **Schmid** sagt eine Überprüfung des Sachverhaltes zu.

Er stellt abschließend die Vorl.Nr. 375/11 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 3

Sport und Kultur-Zentrum Eglosheim
- Antrag der Stadträte Burkhardt, Griesmaier,
Klett-Heuchert und Kromer vom 03.08.2011

Vorl.Nr. 357/11

Beratungsverlauf:

Nach kurzer Einleitung durch BM **Schmid** erläutert und begründet Stadtrat **Griesmaier** den Antrag der Stadträte Burkhardt, Griesmaier, Klett-Heuchert und Kromer vom 03.08.2011, Vorl.Nr. 357/11, der zum einen Fassadenbeschädigungen am Sport- und Kulturzentrum Eglosheim und zum anderen den Vorschlag beinhaltet, durch Versetzung des Tores zum Schulgelände dieses zu erweitern. Überrascht sei er von der ablehnenden Haltung der Förderschule.

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) zeigt anhand von Bildern die durch Vandalismus entstandenen Fassadenschäden am Sport- und Kulturzentrum Eglosheim auf. Eine Sanierung der Löcherschäden werde durchgeführt. Der Problematik könne künftig aus seiner Sicht neben der Schließung des Weges nur durch das Anbringen eines Pflanzstreifens entlang der Fassade begegnet werden, was jedoch insbesondere sowohl einen finanziellen als auch einen Pflegeaufwand bedeute.

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) erläutert nachfolgend anhand von Bildern die Situation im Bereich der Eberhard-Ludwig-Schule. Bezug nehmend auf den vorliegenden Antrag müsste das Tor versetzt und ein Zaun entsprechend angebracht werden. Seitens des Fachbereiches habe es keine Aufforderung zur Stellungnahme der Schule gegeben. Die Erweiterung werde darin seitens des Lehrerkollegiums einhellig abgelehnt.

Stadtrat **Griesmaier** spricht sich dafür aus, die Situation vor Ort zu besichtigen und weist auf die bevorstehende Ortsbegehung des Bürgervereins hin, in dessen Zusammenhang eine Vor-Ort-Besichtigung durchgeführt werden könnte. Er erklärt sich bereit, die Besichtigung zu organisieren.

Das Ergebnis der nachfolgenden kurzen Aussprache zusammenfassend erklärt **BM Schmid**, dass Herr **Weißer**, Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft, in Bezug auf den Teilaspekt der Fassadenbeschädigungen im Antrag der Stadträte Burkhardt, Griesmaier, Klett-Heuchert und Kromer vom 03.08.2011, Vorl.Nr. 357/11 mit der Prüfung von Lösungsmöglichkeiten beauftragt wird.

BM Schmid sagt bezüglich der Verlegung des Schultores in Richtung Hans-Römer-Weg und einer entsprechenden Verlegung des Zaunes die Durchführung einer Vor-Ort-Begehung unter Einbeziehung des Stadtteilausschusses Eglosheim zur Begutachtung der Situation zu.

Herr **Weißer** informiert abschließend das Gremium über die Bereiterklärung des Sport- und Kulturvereins Eglosheim e.V. (SKV), die Patenschaft für die Halle zu übernehmen.

TOP 4	Benennung einer neuen Straße im Neubaugebiet "Am Sonnenberg" (Vorberatung)	Vorl.Nr. 349/11
-------	--	-----------------

Beschlussempfehlung:

Für eine Anliegerstraße im Neubaugebiet „Am Sonnenberg Süd-Ost“ (Bebauungsplan Nr. 056/05) wird folgender Namen festgelegt:

„Im Sonnenhof“

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

BM Schmid verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 349/11.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht.

In der nachfolgenden Aussprache macht Stadtrat **Haag** auf die Möglichkeit der Verwechslung durch die mehrfache Benennung von Straßennamen mit ähnlichem Wortlaut aufmerksam.

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) stellt nachfolgend erläuternd die Gründe und den Zusammenhang der vorgeschlagenen Namensgebung dar.

Abschließend stellt **BM Schmid** die Vorl.Nr. 349/11 im Gremium zur Abstimmung.